

INTERVIEW · ALFRED WINKLER, AGRARPOLITISCHER SPRECHER DER SPD-LANDTAGSFRAKTION: "Der Landrat argumentiert provinziell"

*Landtagsabgeordneter spricht über die umstrittenen Gebühren für
Fleischuntersuchungen*



Unterstützt den Aufruf der Metzgerinnung, Einspruch gegen die
Gebührenbescheide für amtliche Fleischuntersuchungen einzulegen: Alfred
Winkler, agrarpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. Foto: Privat

Der agrarpolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag, Alfred Winkler, hat
mit Peter Ziegler über die umstrittenen Gebühren für die Fleischuntersuchungen
des Landratsamtes Göppingen gesprochen.

Die Metzgerinnung im Land hat ihre Mitglieder dazu aufgerufen gegen alle
Gebührenbescheide für amtliche Fleischuntersuchungen, die seit Jahresbeginn
ergangen sind, Einspruch einzulegen. Sie unterstützen diesen Aufruf. Ist das eine
konzertierte Aktion zum zivilen Ungehorsam gegen die Landesregierung?

ALFRED WINKLER: Soweit würde ich noch nicht gehen. Aber offensichtlich lässt
sich nur durch einen solchen Schritt die Rechtssicherheit im Land wieder
herstellen. Seit dem das Land im Jahr 2005 die Hoheit für die
Lebensmittelüberwachung an die Landkreise abtrat, gibt es diese Unsicherheit.
Offensichtlich hat die EU von einer effizienten Lebensmittelüberwachung ganz
andere Vorstellungen als der zuständige Minister Peter Hauk.

Handwerker, namentlich Landwirte und Metzger, waren ja bisher nicht gerade
die Stammwähler der SPD. Einige Metzgermeister haben sich gewundert, dass
ein SPD-Mann sich für sie einsetzt.

WINKLER: Das sind doch nicht mehr die Metzgermeister der Generation unserer
Großeltern, die einen dicken Daimler fahren und Wirtschaftswunder-Zigarren
rauchen. Viele Handwerksbetriebe sind in ihrer Existenz gefährdet, die Zahl der
noch selbst schlachtenden Metzger im Land nimmt dramatisch ab. Die noch
verbliebenen Metzgermeister beklagen sich, dass ein Heer von Akademikern sich
auf sie stürze, um sie wegen jeder Kleinigkeit zu kontrollieren und zu
drangsalieren.

Aber es ist doch gerade die SPD, die mehr Lebensmittelkontrollen und noch mehr
Personal fordert.

WINKLER: Sie nehmen jetzt Bezug auf die Landtagssitzung vom 28. Februar.
Dort hat meine Fraktionskollegin Birgit Kipfer tatsächlich mehr Personal
gefordert. Damit waren aber keine beamteten Akademiker gemeint, die sich am
Schreibtisch langweilen, sondern Lebensmittelkontrolleure, die sich mehr
außerhalb wie innerhalb ihres Büros aufhalten. Früher hatten wir den WKD, der
hat sich Respekt verschafft und war im Land geachtet. Birgit Kipfer hat gesagt,
man hätte den WKD nie abschaffen dürfen.

Sie haben mehrfach Minister Peter Hauk attackiert. Der Minister wolle mit bloßen
Appellen die Lebensmittelkontrolle verbessern. Hat er denn alleine den
"schwarzen Peter"?

WINKLER: Natürlich nicht, aber er trägt die politische Verantwortung. Im MLR
gibt es eine Ministerialbürokratie, die stark mit der CDU verfilzt ist. Gerhard
Weiser war kein Freund der SPD, aber ein starker Minister. Die SPD-Fraktion,

und hier habe ich die volle Unterstützung der Fraktionsleitung, besteht darauf, dass in der nächsten Plenarsitzungen der Minister nochmals Rede und Antwort stehen muss.

Haben Sie als Landespolitiker eigentlich Verbindungen zur EU-Kommission? Bekommen Sie von dort Informationen?

WINKLER: Ich denke, ich bin gut vernetzt. Zum einen habe ich Kontakt zu unserer Europaabgeordneten Evelyne Gebhardt aus Künzelsau, zum anderen spreche ich immer wieder mit leitenden Beamten in Brüssel, die aus Deutschland, auch aus Baden-Württemberg, zur EU abgeordnet worden sind. Ich hatte u.a. auch schon zwei angenehme Gespräche mit der Kommissarin für Verbraucherschutz, Frau Meglena Kuneva, die seit 2007 im Amt ist.

Das Landratsamt Göppingen hat unserer Zeitung geschrieben, alles sei in bester Ordnung und gerichtlich überprüft.

WINKLER: Wie bitte? Das ist doch schlicht Nonsens. Wie soll eine Gebührenverordnung gerichtlich überprüft sein, die gerade eben in Kraft getreten ist? Tatsache ist, dass nicht einmal die alte Verordnung obergerichtlich überprüft worden ist. Da drohen Deutschland mehrere Klagen vor dem Europäischen Gerichtshof. Wenn ein Landrat in diesem Zusammenhang sagt, er habe einen Prozess vor dem Verwaltungsgericht Stuttgart gewonnen, dann ist das eine reichlich provinzielle Aussage.

Was hat denn das Landratsamt bei der Abfassung seiner Gebührenordnung falsch gemacht?

WINKLER: Das Thema ist sehr viel komplexer, als Landesregierung und Landräte bisher geglaubt haben. Die neue EU-Verordnung wurde nach "Schema F" umgesetzt, auch in Göppingen. Sie lesen hier den selben Text zwischen Lörrach und Weinheim. Und dieser Text entspricht nicht einmal annähernd der EU-Verordnung. Im Gegenteil: das Gesetz wird ignoriert. Die alte Verordnung wurde einfach ein bisschen kosmetisch geschönt. Verantwortlich dafür sind Juristen im Landkreistag, die jetzt bereits in Deckung gehen. Meine Informationen aus Brüssel bestätigen den Bericht der NWZ: die neue Gebührenordnung wird keinen Bestand haben.

Diese EU-Verordnung sieht Mindestgebühren für Fleischuntersuchungen vor, die zum Teil nur ein Zehntel dessen betragen, was in Landkreisen wie Göppingen oder Ludwigsburg derzeit gefordert wird. Wie können damit die Kosten gedeckt werden?

WINKLER: Die Landkreise können mit dem heutigen System die Lebensmittelüberwachung nicht kostendeckend finanzieren. Das ist eine hoheitliche Aufgabe, die der Sicherheit des Bürgers dient. Die Landesregierung hat sich hier 2005 aus der Verantwortung geschlichen, um Kosten zu sparen. Bei ihr liegt jetzt der "Schwarze Peter".

Erscheinungsdatum: Donnerstag 20.03.2008

Quelle: <http://www.suedwest-aktiv.de/>

SÜDWEST AKTIV - Copyright 2002-2007 Südwest Presse Online-Dienste GmbH
Alle Rechte vorbehalten!

[← zurück zum Artikel](#)

[← zurück zur Ressort-Übersicht](#)